

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 185 (2019)

**Heft:** 10

  

**Artikel:** Russland vor grossen Herausforderungen

**Autor:** Kläy, Dieter

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-862735>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Russland vor grossen Herausforderungen

**Die Welt ist in Bewegung. Unter der Führung der kommunistischen Partei wird China wirtschaftlich und militärisch immer stärker und positioniert sich weltweit als strategischer Investor. Die Vereinigten Staaten unter Donald Trump verstärken den Druck auf Europa und die NATO, wollen aber gleichzeitig ihr sicherheitspolitisches Engagement reduzieren. Europa und die EU sind primär mit sich selbst und dem Brexit beschäftigt. Wie positioniert sich in diesem Umfeld Russland? Findet der Kreml in die Liga der Weltmächte zurück?**

Dieter Kläy, Redaktor ASMZ

Welches sind die wichtigen innen- und aussenpolitischen Herausforderungen der Gegenwart und der nahen Zukunft? Umfragen zufolge hat mehr als die Hälfte der Bevölkerung Russlands eine negative Wahrnehmung der USA und des Westens. Als Freunde wahrgenommen werden China, Kasachstan und Belarus. Diese Sichtweise gründet auf den aussenpolitischen Erfahrungen der vergangenen Jahre. Die Osterweiterung der NATO nach dem Zusammenbruch der UdSSR und die Verstärkung der Militärpräsenz des atlantischen Bündnisses in den baltischen Staaten werden als Demonstration der Überlegenheit und als Bedrohung interpretiert.

## Zunehmende strategische Konfrontation

Die 2015 überarbeitete Militärdoktrin bezeichnet die NATO offen als Gegner. Durch die Wirtschaftssanktionen seit der Krimkrise und den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine sieht sich Russland zunehmend isoliert. Die Affäre um den ehemaligen Geheimdienstobersten Sergej Skripal, missglückte Operationen des militärischen Nachrichtendienstes im Ausland, aber auch vermutete Cyber-Angriffe durch Russland belasten das Verhältnis zum Westen zusätzlich. Auch wenn der INF-Vertrag über landgestützte atomare Mittelstreckenraketen seine Bedeutung verloren hat, unterminiert die Kündigung durch die USA die strategische Stabilität. Sie könnte den Weg für einen erneuten Rüstungswettlauf frei machen.

Dieser Isolation in Europa und gegenüber dem Westen steht das zunehmende Engagement Russlands im Nahen Osten und in Afrika gegenüber. Mit der militärischen Intervention in Syrien im September 2015 stützte Russland nicht nur

das Assad-Regime, sondern demonstrierte auch seine Rückkehr auf die weltpolitische Bühne. In Syrien verhandelt der Kreml mit den USA wieder auf Augenhöhe. Russland markiert zunehmend Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent, sei dies mit militärischer Unterstützung (Waffenverkäufe) oder durch Beratungsdienstleistungen aller Art. Aber auch die Arktis erhält für Russland eine zunehmende strategische Bedeutung.

## Wachsende innenpolitische Spannungen

Zur zunehmenden strategischen Konfrontation auf der Weltbühne kommen wachsende Spannungen im Inland. Nach einer chaotischen innenpolitischen Entwicklung in den neunziger Jahren unter dem damaligen Präsidenten Boris Jelzin vermochte Wladimir Putin nach der Jahrtausendwende den Staat wieder richtig

Tausende demonstrieren in Moskau für die freie Zulassung von Kandidatinnen und Kandidaten.

Bild: Tagesspiegel



zum Funktionieren zu bringen. Nach ruhigen, wirtschaftlich gut laufenden Nuller-Jahren kam es nach den Parlamentswahlen im Dezember 2011 erstmals zu grossen Protestkundgebungen. Die Proteste richteten sich gegen die Siegerpartei Einiges Russland und forderten freie Wahlen. Im Sommer 2018 richteten sich Proteste gegen die Erhöhung des Rentenalters und ein Jahr später demonstrierten im Hinblick auf die Moskauer Kommunalwahlen vom 8. September 2019 Tausende für eine freie Zulassung von Kandidatinnen und Kandidaten. Innenpolitisch fordern ausserdem Unruheherde im Kaukasus und die Angst vor terroristischen Aktionen durch islamistische Kreise die Administration in Moskau.

## Wirtschaftlich schwierige Entwicklung

Die Transformation der Wirtschaft war schwierig. Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 verlief der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft chaotisch. Die Produktion brach ein. Tradition



Krieg in Tschetschenien.

Bild: Wikipedia



Panzer T-14 Armata.

Bild: VSN

nelle Handelsbeziehungen wurden aufgelöst. Mit der Finanzkrise wurde 1998 der Tiefpunkt erreicht. In den ersten Jahren seit der Jahrtausendwende verzeichnete die Wirtschaft ein starkes Wachstum, blieb aber stark von der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise abhängig, was in den letzten Jahren zu finanziellen Einbrüchen im Staatshaushalt führte. Seit 2013 nimmt das reale Einkommen der Bevölkerung ab, was den innenpolitischen Druck zusätzlich verschärft. Der Einbruch des Ölpreises seit Mitte 2014 ist für den Staatshaushalt eine Last. Russland vermag wirtschaftlich nicht in der Liga von USA, China und der EU mitzuhalten.

### Militärisch aufstrebend

Seit dem Zerfall der Sowjetarmee litten die 1992 neu gebildeten russischen Streitkräfte unter Zerfallserscheinungen und einer starken Unterfinanzierung. Jahrelang blieben die Militärreformen weitgehend erfolglos. Kriegerische Auseinandersetzungen in Transnistrien 1992, in Georgien 1992–1994 und in Tschetschenien (1994 und 1999) liessen die russischen Streitkräfte bittere Erfahrungen machen. Die 2008 angestossene Militärreform entwickelt sich positiv. Nicht nur wurden in den vergangenen Jahren die Streitkräfte schlanker und mobiler. Mehr und modernere Einheiten können heute ein breites Einsatzspektrum inklusive einer hybriden Kriegsführung abdecken, wie sich das in den grossen militärischen Übungen (Zapad, Jug, Zentr, Vostok) jeweils im Herbst zeigt. Die Bewaffnung wird modernisiert, die Streitkräfte agieren mobiler und flexibler. Neue Waffen werden entwickelt und eingeführt (Panzer T-14-ARMATA und T-90, Mehrzweckjäger Suchoi T-50, Interkontinentalrakete Sarmat, nuklear angetriebene Un-

terwasserdrohne, Luftwaffenrakete Kinshchal, Hyperschall-Raketensystem Avangard usw.).

### Postsowjetischer Raum

Den grossen Einschnitt bildeten der Anschluss der Krim an Russland und die bis heute andauernde Krise in der Ostukraine. Nach der Annexion der Krim Ende März 2014 brach Ende Mai 2014 mit den Kämpfen um den Flughafen von Donezk der Krieg in der Ostukraine aus. In den Städten Donezk, Luhansk und Charkiw forderten pro-russische Kräfte die Abspaltung von der Ukraine. Die Abspaltung gelang in den Regionen Donzек und Luhansk. Bemerkenswert ist, mit welcher Geschwindigkeit und Zielstrebigkeit Russland 2014 neue Fakten geschaffen hat. Mit der Annexion der Krim und der Unterstützung der pro-russischen bewaffneten Gruppen in der Ostukraine definiert sich Russland heute neu. Der Kreaml

macht geltend, dass es sein Recht und seine Pflicht sei, die ethnischen Russen in den benachbarten Ländern zu schützen. Diese Haltung birgt Konfliktpotenzial in anderen Grenzregionen und Nachbarstaaten Russlands, z.B. in Moldova oder im Baltikum.

Im Kontext der prekären Lage wurde am 5. September 2014 in Minsk eine zwölf Punkte umfassende Waffenruhe für die Ostukraine vereinbart (Minsk I). Zur Trennung der Konfliktparteien einigte man sich auf die Errichtung einer 30 km breiten Pufferzone unter Aufsicht der OSZE. Gegenüber Russland wurden wirtschaftliche Sanktionen verhängt. Auf Initiative des französischen Präsidenten François Hollande und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel kam es im Februar 2015 zu einem weiteren Treffen (Minsk II). Seither hat sich die Lage nie ganz beruhigt. Beide Abkommen, vor al-

Mehrzweckjäger Suchoi T-50.



Bild: russianplanes.net

lem aber das Waffenstillstandsabkommen vom Februar 2015 (Minsk II) harren einer definitiven Umsetzung. Nach wie vor kommt es zu Scharmützeln und kriegerischen Auseinandersetzungen. Bis heute forderte der Krieg rund 13 000 Tote. Eine Million Menschen sind auf der Flucht. Ob der Präsidentenwechsel von Petro Poroschenko zu Wolodimir Selenskij im Mai 2019 die Lage kurzfristig verbessern wird, ist fraglich. Immerhin kam es Anfang September 2019 zu einer Annäherung zwischen Kiew und Moskau und zu einem Gefangenenaustausch. Doch die faktische Entwicklung hin zu einer eigenen Staatlichkeit in Luhansk und Donezk sowie das Bestreben Moskaus, den Einwohnern der prussischen Separationsgebiete russische Pässe abzugeben, deuten nicht darauf hin, dass die Entwicklung in der Ostukraine umkehrbar ist.

### Ausblick

Der Kreml denkt territorial und baut wieder verstärkt auf militärische Schlagkraft. Voraussichtlich 2024 endet die Amtsdauer Wladimir Putins. Putin wird dann zumal 20 Jahre als Präsident und vier Jahre (2008–2012) als Premierminister an der Macht gewesen sein. In den verbleibenden fünf Jahren bis zum Ausscheiden oder einer allfälligen Wiederwahl 2024, die aber mit der Verfassung Russlands im Einklang sein müsste, ist der russische Präsident mit fünf grossen Herausforderungen konfrontiert.

Zwar genießt Putin in der Bevölkerung eine hohe Zustimmung. Rund 80% der Bevölkerung vertrauen ihm. An zweiter Stelle folgen die Streitkräfte, danach



Schwarzmeerflotte.

Bild: Wikipedia

der Inlandsgeheimdienst FSB und die Präsidialadministration. Die Regierung kommt an fünfter Stelle. Wenig Vertrauen von der Bevölkerung entgegengebracht wird den politischen Parteien und den Gewerkschaften.

1. Die grösste Herausforderung Putins wird die wirtschaftliche Entwicklung sein. Russland stagniert. Will der Präsident an der Macht bleiben, muss er in erster Linie die Wirtschaft in Schwung bringen und für die Bevölkerung eine Perspektive für mehr Wohlstand schaffen.

2. Ebenso von Bedeutung wird die Entwicklung des aussenpolitischen Umfeldes sein. Putin und dem Kreml geht es darum, aussenpolitisch die Vormacht über die Region zu sichern, neue Allianzen der Stärke (z.B. mit China, Iran, Indien) zu vertiefen bzw. neu zu schmieden und gleichzeitig den Handlungsspielraum der USA und der NATO zu begrenzen bzw. ihren Ein-

fluss wirksam einzudämmen. Der Einfluss Chinas wird zunehmen. Russland wird sich damit arrangieren.

3. Innenpolitisch werden Wahlen immer wieder zu Protesten führen. Die wirkliche Opposition – im Gegensatz zur geduldeten Opposition als Teil des Systems (KP Russland, Liberaldemokraten und «Gerechtes Russland») ist allerdings viel zu schwach und zu wenig gut organisiert, als dass sie nachhaltig einen politischen Umschwung herbeiführen könnte.

4. Nach jahrelangen Fehlschlägen kann Putin militärisch auf modernere und agilere Streitkräfte sowie ein wachsendes Abschreckungspotenzial bauen. In militärischen Grossmanövern in Russland und im postsowjetischen Raum werden die modernisierten Streitkräfte ihr Können und ihre Agilität unter Beweis stellen. Der Druck auf den Modernisierungsprozess der Streitkräfte wird aufrechterhalten, auch wenn die Finanzierung der Streitkräfteentwicklung eine Hürde bildet. Die Botschaft ist klar: Russland ist militärisch stärker, als der Westen annimmt.

5. Der Konflikt in der Ostukraine wird sich vorderhand nicht lösen lassen. Zwar verspricht der Machtwechsel in Kiew vergangenen Mai unter Umständen eine partielle Entspannung, wie z.B. der Gefangenenaustausch von Anfang September 2019 zeigt. Prinzipiell verändern wird sich das Verhältnis zwischen Kiew und Moskau allerdings nicht. Zudem hängt die Entwicklung davon ab, ob der Westen gewillt ist, sein Sanktionsregime gegenüber dem Kreml aufrecht zu erhalten oder sogar signifikant zu steigern. Der Konflikt wird eingefroren und der Status Quo zementiert. Die beiden ostukrainischen Regionen Donezk und Luhansk werden ihre eigenständige Staatlichkeit ausbauen und Moskau wird das mindestens dulden, wenn nicht sogar unterstützen. ■

Interkontinentalrakete Sarmat.



Bild: Wikipedia